

Sächsisches Amtsblatt

Nr. 37/2024

12. September 2024

Inhaltsverzeichnis

Sächsisches Staatsministerium für Kultus

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Förderung der Initiative Digitale Schule Sachsen im Freistaat Sachsen (SMK FRL Initiative Digitale Schule Sachsen) vom 30. August 20241038

Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Zweite Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Förderrichtlinie Ökologischer/Biologischer Landbau vom 23. August 20241041

Dritte Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Förderrichtlinie Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen vom 27. August 20241042

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Genehmigung der 4. Änderungssatzung der Verbandssatzung des Wasserverbandes Döbeln-Oschatz Gz.: 20-2217/105 vom 23. August 20241044

Bekanntmachung des Wasserverbandes Döbeln-Oschatz1044

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Verleihung der Rechtsfähigkeit als wirtschaftlicher Verein an den Verein Garagengemeinschaft Ziegelei Bernsdorf w. V. Az.: 20-1132/6/11 vom 20. August 20241046

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zur Entstehung der „Z-Fundatia Stiftung“ Gz.: 20-2245/752/1 vom 29. August 20241046

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Landratsamtes Erzgebirgskreis über die Genehmigung der Vereinbarung über die Gebietsänderung durch die Umgliederung von Flurstücken zwischen der Motorradstadt Zschopau und der Gemeinde Börnichen/Erzgeb. vom 21. August 20241047

Bekanntmachung des Landratsamtes Bautzen über die Genehmigung der Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Wasser und Abwasser Zweckverbandes Lausitz vom 21. August 20241048

Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Wasser und Abwasser Zweckverbandes Lausitz1048

Bekanntmachung des Landratsamtes Bautzen über die Genehmigung der Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Kamenz-Nord“ vom 21. August 20241050

Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Kamenz-Nord“1050

Bekanntmachung des Landratsamtes Bautzen über die Genehmigung der Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Obere Schwarze Elster vom 21. August 20241052

Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Obere Schwarze Elster1052

Bekanntmachung des Landratsamtes Bautzen über die Genehmigung der Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Obere Schwarze Elster vom 21. August 20241054

Änderung zur Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Obere Schwarze Elster1054

Sächsisches Staatsministerium für Kultus

Richtlinie

des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus

zur Förderung der Initiative Digitale Schule Sachsen

im Freistaat Sachsen

(SMK FRL Initiative Digitale Schule Sachsen)

Vom 30. August 2024

I.

Zuwendungszweck, Rechtsgrundlagen

1. Der Freistaat Sachsen gewährt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel auf der Grundlage von §§ 23, 44 und 44a der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, sowie nach den Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDr. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 20. Dezember 2023 (SächsABl. 2024 S. 97) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 1. Dezember 2023 (SächsABl. SDr. S. S 253), in der jeweils geltenden Fassung, Zuwendungen nach Maßgabe dieser Richtlinie.
2. Die Zuwendung erfolgt auf der Grundlage der Förderkonzeption zur Initiative Digitale Schule Sachsen und verfolgt das Ziel, zum einen Schülerinnen und Schüler auf die zu erwartende Veränderung der Arbeitswelt in Richtung einer stärkeren Digitalisierung vorzubereiten. Zum anderen wird das Ziel verfolgt, den absehbaren Fachkräftemangel im Bereich der informatiknahen Berufe abzufedern und künftig mehr junge Menschen für eine Berufswahl im Feld der informatiknahen Berufe zu motivieren. Darin eingeschlossen sind insbesondere die Bereiche der Robotik und der Programmierung.
3. Ein Rechtsanspruch auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Vielmehr entscheidet die Bewilligungsstelle auf Grund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

II.

Gegenstand der Förderung

Im Freistaat Sachsen wurde das Schulfach Informatik in den Förderschulen, Oberschulen und Gymnasien für alle Schülerinnen und Schüler verpflichtend eingeführt und eine integrative informatische Bildung, beginnend mit der Primarstufe, verankert. Gefördert wird eine darüberhinausgehende Vermittlung informatischer Bildungsinhalte im schulischen und außerschulischen Kontext:

Gefördert werden schulische und außerschulische Projekte beziehungsweise Angebote, die

1. ergänzend beziehungsweise begleitend zu den in den sächsischen Lehrplänen festgelegten bestehenden curricularen Maßgaben erweiterte informatische Bildungsinhalte, insbesondere mit Bezug zu Robotik beziehungs-

weise Programmierung, vermitteln. Jungen Menschen wird das Verständnis der fachlichen Inhalte insbesondere aus dem Feld der Informatik nahegebracht, mit dem Ziel, sie für diese zu begeistern. Etwaige Vorurteile von Mädchen und jungen Frauen zu informatiknahen Themen werden abgebaut.

2. der Erstellung von pädagogischen Materialien für die Umsetzung von Projekten an Schulen im Sinne von Nummer 1, um die Ziele der Förderkonzeption zur Initiative Digitale Schule Sachsen zu verstetigen, dienen.
3. Schülerinnen und Schülern im ländlichen Raum eine Wahrnehmung von örtlich verteilten Angeboten zu informatiknahen Themen von unterschiedlichen Akteuren, mittels Beförderung zu außerschulischen Lernorten, ermöglichen.
4. die Vernetzungsaktivitäten von Schulen, Lehrkräften, aber auch von Schülerinnen und Schülern zu den Zielen der Förderkonzeption zur Initiative Digitale Schule Sachsen fördern. Die Vernetzung dient dem Informations- und Erfahrungsaustausch zur Bündelung und Konzentration von unterschiedlichen Kompetenzen und zur Schaffung von Synergien, um gemeinsam ein Ziel gemäß Ziffer I Nummer 2 zu verfolgen. Dazu kann auf bestehende Vernetzungsstrukturen aufgebaut werden.

Zur Umsetzung von Projekten beziehungsweise Angeboten gemäß Nummer 1 bis 4 können bestehende Materialien herangezogen werden.

III.

Zuwendungsempfänger

Zuwendungen können gewährt werden an

1. Gemeinden, Landkreise und an kommunale Zusammenschlüsse als Träger von Schulen gemäß § 4 des Sächsischen Schulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. September 2018 (SächsGVBl. S. 648), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 17. Juli 2024 (SächsGVBl. S. 662) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung;
2. Schulträger
 - a) genehmigter Ersatzschulen, die gemäß § 14 des Sächsischen Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft vom 8. Juli 2015 (SächsGVBl. S. 434), das zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 8. Juli 2024 (SächsGVBl. S. 650) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, durch den Freistaat Sachsen bezuschusst werden und deren Wartefrist abgelaufen ist;
 - b) staatlich anerkannter Internationaler Schulen gemäß § 22 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft;

3. gemeinnützige Vereine, Verbände und Gesellschaften sowie Stiftungen, die juristische Personen des Privatrechts und nicht Schulträger im Sinne von Nummer 2 sind;
4. staatliche Hochschulen sowie staatlich anerkannte Hochschulen, die staatlich refinanziert werden.

IV.

Zuwendungsvoraussetzungen

1. Die geförderte Maßnahme hat sich im Wesentlichen an Schülerinnen und Schüler zu richten, kann sich jedoch auch an weitere Personenkreise des schulnahen Umfelds richten. Zum schulnahen Umfeld gehören neben Lehrkräften solche Personenkreise, die die Lehrkräfte an Schulen bei der nachhaltigen und umfassenden Bildung der Schülerinnen und Schüler unterstützen, z. B. Schulassistentinnen und Schulassistenten.
2. Die geförderte Maßnahme muss sich an Schülerinnen und Schüler oder an weitere Personenkreise des schulnahen Umfelds
 - a) flächendeckend in Sachsen,
 - b) im ländlichen Raum Sachsens,
 - c) in Sachsen und in anderen Bundesländern oder
 - d) in grenzübergreifenden Partnerschaftenrichten.
Im Falle von Buchstabe c und d ist sicherzustellen, dass die angesprochene Zielgruppe mindestens zu 50 Prozent Schulen im Freistaat Sachsen zuzuordnen ist. In vom Antragsteller begründeten Ausnahmefällen kann die Bewilligungsstelle von der vorgenannten Regelung Ausnahmen genehmigen.
3. Die geförderte Maßnahme richtet sich an
 - a) mindestens drei sächsische Schulen oder
 - b) mindestens eine zertifizierte sächsische M.I.T.-Schule.
4. Die geförderte Maßnahme darf nicht der Erfüllung des Lehrplans dienen.
5. Eine Förderung ist ausgeschlossen, wenn für die beantragte Zuwendung anderweitige öffentliche Mittel, etwa aus dem DigitalPakt Schule, beantragt wurden oder werden (Verbot der Doppelförderung). Dies gilt nicht, wenn der Antrag auf anderweitige öffentliche Mittel bereits bestandskräftig abgelehnt wurde.
6. Durch den Antragsteller sind folgende Unterlagen vorzulegen:
 - a) eine Projektbeschreibung sowie
 - b) ein detaillierter Kosten- und Finanzierungsplan.Der Nachweis der Zuwendungsvoraussetzungen erfolgt durch Eigenerklärung im Antragsformular.
7. Für die Maßnahmen gilt der vorzeitige Maßnahmebeginn mit Antragstellung als genehmigt.

V.

Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

1. Die Förderung wird im Rahmen einer Projektförderung als Anteilfinanzierung gewährt.

2. Die Zuwendung erfolgt als Zuschuss:
 - a) Antragsteller gemäß Ziffer III Nummer 1 und 2 können eine Zuwendung in Höhe von bis zu 65 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben erhalten.
 - b) Antragsteller gemäß Ziffer III. Nummer 3 und 4 können eine Zuwendung in Höhe von bis zu 90 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben erhalten.
3. Zuwendungsfähig sind nur projektbezogene Ausgaben für Kosten gemäß Ziffer II.
4. Bemessungsgrundlage sind die auf die Erfüllung des Zuwendungszwecks gerichteten zuwendungsfähigen Ausgaben.
5. Zuwendungen unter 5 000,00 Euro werden nicht gewährt.
6. Zuwendungsfähige Ausgaben sind Personal- und Sachausgaben sowie Investitionsausgaben zur Umsetzung von Projekten gemäß Ziffer II jeweils einschließlich Planung, Vor- und Nachbereitung sowie Durchführung.
 - a) Aufwendungen für Personal sind unter Einhaltung des Besserstellungsverbot gemäß Nummer 1.3 ANBest-P, Anlage 2 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung, zuwendungsfähig.
 - b) Sach- beziehungsweise Investitionsausgaben sind Produktions-, Herstellungs- und Beschaffungskosten, Verpflegungs- und Fahrtkosten, Honorarkosten, Mietkosten und Bürokosten.
7. Nicht zuwendungsfähig sind Ausgaben für die Erfüllung der in den Lehrplänen festgelegten Anforderungen an die schulische Ausbildung.

VI.

Sonstige Zuwendungsbestimmungen

Die Weitergabe der Zuwendung an juristische Personen des privaten Rechts wird zugelassen. Die Weitergabe erfolgt

1. durch Zuwendungsempfänger gemäß Ziffer III. Nummer 1 und 4 (dort nur staatliche Hochschulen) in öffentlich-rechtlicher Form unter Beachtung der Regelungen von Nummer 12.4 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung beziehungsweise Nummer 12 VVK sowie
2. durch Zuwendungsempfänger gemäß Ziffer III Nummer 2, 3 und 4 (ohne staatliche Hochschulen) in privatrechtlicher Form unter Beachtung der Regelungen von Nummer 12.5 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung.

VII.

Verfahren

1. Bewilligungsstelle ist die Sächsische Aufbaubank – Förderbank (SAB). Die Beantragung erfolgt ausschließlich über das „Förderportal Sachsen“ der SAB.
2. Antragsstichtage sind jeweils der 15. Februar sowie der 15. September eines Jahres. Die bis zum jeweiligen Stichtag eingereichten Anträge werden durch die Bewilligungsstelle entgegengenommen. Informationen zu den Bewertungskriterien sind über ein Hinweisblatt unter www.sab.sachsen.de abrufbar.

3. Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gilt die Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung einschließlich deren Anlagen, soweit nicht in dieser Förderrichtlinie Abweichungen zugelassen worden sind.
 4. Der Bewilligungszeitraum beträgt maximal zwei Jahre.
 5. Auszahlungen erfolgen für
 - a) Antragsteller gemäß Ziffer III Nummer 1 im Rahmen des Regelauszahlungsverfahrens gemäß Nummer 7.1 bis 7.3 VVK, Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung,
 - b) Antragsteller gemäß Ziffer III. Nummer 2, 3 und 4 im Rahmen des Vorauszahlungsverfahrens gemäß Nummer 7.5 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung.
 6. Zur fachlichen Beurteilung der beantragten Maßnahmen kann das Staatsministerium für Kultus den Experten-Beirat für die Initiative Digitale Schule Sachsen einbeziehen. Der Experten-Beirat nimmt eine beratende Funktion ein. (Informationen zum Experten-Beirat sind unter www.medienbildung.sachsen.de abrufbar.)
 7. Der Verwendungsnachweis ist über das „Förderportal Sachsen“ der SAB einzureichen. Im Sachbericht sind insbesondere die Wirksamkeit der Maßnahme hinsichtlich der Förderung der Ziele der Förderkonzeption zur Initiative Digitale Schule Sachsen sowie Vorschläge für ein weiteres Vorgehen zu erörtern.
- VIII.
Inkrafttreten, Außerkrafttreten
1. Diese Förderrichtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Förderrichtlinie Initiative Digitale Schule Sachsen vom 10. Mai 2023 (Sächs-ABl. S. 573), enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 1. Dezember 2023 (SächsABl. SDR. S. S 287), außer Kraft.
 2. Diese Förderrichtlinie tritt mit Ablauf des 12. September 2024 außer Kraft.

Dresden, den 30. August 2024

Der Staatsminister für Kultus
Christian Piwarz

Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Zweite Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Förderrichtlinie Ökologischer/Biologischer Landbau

Vom 23. August 2024

I.

Zweite Änderung der Förderrichtlinie ÖBL/2023

Die Förderrichtlinie Ökologischer/Biologischer Landbau vom 4. Oktober 2022 (SächsABl. 2023 S. 334), die durch die Richtlinie vom 16. Oktober 2023 (SächsABl. S. 1420) geändert worden ist, enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 4. Dezember 2023 (SächsABl. SDr. S. S 315), wird wie folgt geändert:

1. Ziffer II wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 4.2 Absatz 4 wird nach den Worten „um 550 Euro je Betrieb“ die Angabe „, wenn der Betriebssitz im Freistaat Sachsen liegt,“ eingefügt.
- b) In Nummer 5.1.2 wird nach der Angabe „(SächsABl. 2023 S. 369),“ die Angabe „die zuletzt durch die Richtlinie vom 12. März 2024 (SächsABl. S. 364) geändert worden ist, enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 4. Dezember 2023 (SächsABl. SDr. S. S 315),“ eingefügt.
- c) In Nummer 5.1.3 wird die Angabe „enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 7. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 239)“ durch die Angabe „zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 4. Dezember 2023 (SächsABl. SDr. S. S 315)“ ersetzt.
- d) In Nummer 5.1.4 wird die Angabe „17. März 2023 (SächsABl. S. 458) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 7. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 239)“ durch die Angabe „16. Oktober 2023 (SächsABl. S. 1419) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwal-

tungsvorschrift vom 4. Dezember 2023 (SächsABl. SDr. S. S 315)“ ersetzt.

- e) In Nummer 5.2 Satz 2 wird die Angabe „fünf Jahre“ durch die Angabe „grundsätzlich fünf Jahre, bei Beginn ab dem 1. Januar 2025 vier Jahre“ ersetzt.
 - f) In Nummer 5.2.1 wird in der Überschrift das Wort „fünffährigen“ gestrichen.
 - g) In Nummer 5.2.1 Satz 2 wird das Wort „fünffährige“ durch die Worte „jeweils gültige“ ersetzt.
- 2. Die Anlage wird wie folgt geändert:**
- a) In Nummer 15 wird die Angabe „3 des Gesetzes vom 26. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 204)“ durch die Angabe „1 der Verordnung vom 10. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 156)“ ersetzt.
 - b) In Nummer 17 wird die Angabe „29. August 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 238)“ durch die Angabe „4. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 343)“ ersetzt.
 - c) In Nummer 23 wird die Angabe „3 des Gesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503)“ durch die Angabe „8 des Gesetzes vom 31. Januar 2024 (SächsGVBl. S. 83)“ und die Angabe „24 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154)“ durch die Angabe „2 des Gesetzes vom 15. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 236)“ ersetzt.

II.

Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt mit Unterzeichnung in Kraft.

Dresden, den 23. August 2024

Der Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft
Wolfram Günther

**Dritte Richtlinie
des Sächsischen Staatsministeriums
für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft
zur Änderung der Förderrichtlinie Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen
Vom 27. August 2024**

I.

Dritte Änderung der Förderrichtlinie AUK/2023

Die Förderrichtlinie Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen vom 4. Oktober 2022 (SächsABl. 2023 S. 369), die zuletzt durch die Richtlinie vom 12. März 2024 (SächsABl. S. 364) geändert worden ist, enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 4. Dezember 2023 (SächsABl. SDr. S. S 315), wird wie folgt geändert:

1. Teil A wird wie folgt geändert:

- a) In Ziffer IV Nummer 4.1.17 Buchstabe b wird nach der Angabe „(SächsABl. S. 854),“ die Angabe „,“ enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 4. Dezember 2023 (SächsABl. SDr. S. S 315),“ eingefügt.
- b) In Ziffer IV Nummer 4.2.4 Buchstabe b wird nach der Angabe „(SächsABl. S. 878)“ die Angabe „,“ enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 4. Dezember 2023 (SächsABl. SDr. S. S 315),“ eingefügt.

2. Teil B wird wie folgt geändert:

- a) In Ziffer I Nummer 2 Buchstabe b wird die Angabe „§§ 23 und 44“ durch die Angabe „§§ 23, 44 und 44a“ ersetzt.
- b) In Ziffer I Nummer 2 Buchstabe f wird die Angabe „3 des Gesetzes vom 13. Dezember 2023 (SächsGVBl. S. 876)“ durch die Angabe „8 des Gesetzes vom 31. Januar 2024 (SächsGVBl. S. 83)“ ersetzt.
- c) In Ziffer I Nummer 3 Satz 3 wird gestrichen.
- d) In Ziffer I Nummer 3 wird am Ende die folgende Angabe eingefügt:
„Die jeweils einschlägige beihilferechtliche Identifikationsnummer ist im Bewilligungsbescheid anzugeben. Neuantragstellungen mit einem Verpflichtungsbeginn ab dem 1. Januar 2025 und einer Verpflichtungsdauer von 4 Jahren können erst bewilligt werden, wenn die erforderliche beihilferechtliche Genehmigung der EU-Kommission zur Verkürzung des Verpflichtungszeitraumes vorliegt.“

3. Teil C wird wie folgt geändert:

- a) In Ziffer I Nummer 2 Buchstabe b wird die Angabe „§§ 23 und 44“ durch die Angabe „§§ 23, 44 und 44a“ ersetzt.
- b) In Ziffer I Nummer 2 Buchstabe f wird die Angabe „3 des Gesetzes vom 13. Dezember 2023 (SächsGVBl. S. 876)“ durch die Angabe „8 des Gesetzes vom 31. Januar 2024 (SächsGVBl. S. 83)“ ersetzt.
- c) Ziffer I Nummer 3 wird wie folgt neu gefasst:
„3. Der Erschwerenausgleich wird auf der Grundlage des Beschlusses der Europäischen Kommission vom 5. Februar 2024 im Verfahren SA.111131 (2023/N) unter dem Betreff „Bund: Förderung besonders nachhaltiger Verfahren

im Zusammenhang mit der Umsetzung der FFH- und der Vogelschutzrichtlinie (Änderung von SA.102118 (2022/N))“ gewährt. Die jeweils einschlägige beihilferechtliche Identifikationsnummer ist im Bewilligungsbescheid anzugeben.“

- d) In Ziffer II wird die Angabe „3 des Gesetzes vom 8. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2240)“ durch die Angabe „5 des Gesetzes vom 8. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 153)“ ersetzt.

4. Teil D wird wie folgt geändert:

- a) Ziffer II Nummer 1 Satz 3 wird gestrichen.
- b) In Ziffer II Nummer 1 wird am Ende folgende Angabe neu eingefügt:
„Bei den Maßnahmen nach Teil A und B nach dieser Förderrichtlinie umfasst der Verpflichtungszeitraum grundsätzlich fünf Jahre. Bei einem Beginn des Verpflichtungszeitraumes ab dem 1. Januar 2025 gilt für Maßnahmen nach Teil A und B ein abweichender Verpflichtungszeitraum von vier Jahren. Für Maßnahmen nach Teil B steht diese Reduzierung des Verpflichtungszeitraumes auf 4 Jahre unter dem Vorbehalt der beihilferechtlichen Genehmigung. Der Verpflichtungszeitraum für Maßnahmen nach Teil C dieser Förderrichtlinie beträgt ein Jahr.“
- c) In Ziffer II Nummer 1.1 wird in der Überschrift das Wort „fünfjährigen“ gestrichen.
- d) In Ziffer II Nummer 1.1 Satz 2 wird das Wort „fünfjährige“ durch die Worte „jeweils gültige“ ersetzt.
- e) In Ziffer II Nummer 1.2 Satz 1 wird das Wort „fünfjähriger“ gestrichen.
- f) Ziffer II Nummer 1.2 Satz 2 bis 4 wird zu Satz 3 bis 5 neu.
- g) In Ziffer II Nummer 1.2 wird ein neuer Satz 2 wie folgt eingefügt:
„Der neue Verpflichtungszeitraum beträgt bei derartigen Flächenerweiterungen bis 2024 fünf Jahre und ab 1. Januar 2025 vier Jahre.“

5. Die Anlage wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 12 wird am Ende die Angabe „die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2023/2607 der Kommission vom 22. November 2023 (ABl. L, 2023/2607, 23.11.2023) geändert worden ist,“ eingefügt.
- b) In Nummer 14 wird die Angabe „1a der Verordnung vom 17. Oktober 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 281)“ durch die Angabe „1 der Verordnung vom 10. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 156)“ ersetzt.
- c) In Nummer 20 wird die Angabe „3 des Gesetzes vom 13. Dezember 2023 (SächsGVBl. S. 876)“ durch die Angabe „8 des Gesetzes vom 31. Januar 2024 (SächsGVBl. S. 83)“ ersetzt.

II.
Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt mit Unterzeichnung in Kraft.

Dresden, den 27. August 2024

Der Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft
Wolfram Günther

Landesdirektion Sachsen
Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über die Genehmigung der 4. Änderungssatzung
der Verbandssatzung des Wasserverbandes Döbeln-Oschatz
Gz.: 20-2217/105

Vom 23. August 2024

Die Landesdirektion Sachsen hat mit Bescheid vom 13. August 2024 auf der Grundlage von § 61 Absatz 1 in Verbindung mit § 26 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134), die von der Verbandsversammlung am 10. Juni 2024 beschlossene 4. Änderungssatzung der Verbandssatzung des Wasserverbandes Döbeln-Oschatz genehmigt.

Die 4. Änderungssatzung der Verbandssatzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Satzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 23. August 2024

Landesdirektion Sachsen
Caspar
Referatsleiter

Bekanntmachung
des Wasserverbandes Döbeln-Oschatz

Der Wasserverband Döbeln-Oschatz hat in seiner öffentlichen Verbandsversammlung am 10.06.2024 die nachfolgende Änderungssatzung beschlossen und gibt diese hiermit bekannt:

4. Änderungssatzung zur Verbandssatzung

Aufgrund

- §§ 26, 48 und 61 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) und
- § 4 der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 15. Juli 2020 (SächsGVBl. S. 425)

hat die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Döbeln-Oschatz am 10.06.2024 folgende Vierte Änderungssatzung zur Verbandssatzung beschlossen:

I.
Änderungen:

1. In Anlage 1 zu § 1 (1) werden die Worte „Gemeinde Zschaitz-Ottewig“ ersatzlos gestrichen.
2. In Anlage 1 zu § 1 (1) werden die Worte „Gemeinde Ost-
rau“ durch den Wortlaut „Gemeinde Jahnatal“ ersetzt.

II.
Inkrafttreten

Die 4. Änderungssatzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung und der Bekanntmachung ihrer Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Döbeln, den 11.06.2024

Löwe
Verbandsvorsitzender

Hinweis gemäß § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung in Verbindung mit § 47 Absatz 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 52 Absatz 2 wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nummer 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über die Verleihung der Rechtsfähigkeit als wirtschaftlicher Verein
an den Verein Garagengemeinschaft Ziegelei Bernsdorf w. V.**

Az.: 20-1132/6/11

Vom 20. August 2024

Die Landesdirektion Sachsen hat mit Bescheid vom 24. Mai 2024 auf der Grundlage von § 22 des Bürgerlichen Gesetzbuches dem Verein Garagengemeinschaft Ziegelei Bernsdorf die Rechtsfähigkeit als wirtschaftlicher Verein (w. V.) verliehen. Zweck des Vereins ist die Aufrechterhaltung eines moderaten Pachtverhältnisses zur Nutzung, Pflege und Instandhaltung des Garagenkomplexes.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 20. August 2024

Landesdirektion Sachsen
Caspar
Referatsleiter

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
zur Entstehung der „Z-Fundatia Stiftung“**

Gz.: 20-2245/752/1

Vom 29. August 2024

Durch Anerkennung der Landesdirektion Sachsen vom 27. August 2024 ist die mit Stiftungsgeschäft in Verbindung mit der Stiftungssatzung vom 23. August 2024 errichtete „Z-Fundatia Stiftung“ mit Sitz in Hermsdorf/Erzgebirge als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts entstanden.

Zweck der Stiftung ist die umfassende Unterstützung des Stifters, seines Ehegatten und seiner leiblichen und adoptierten Kinder und Stiefkinder sowie deren Abkömmlinge, insbesondere durch finanzielle und sachliche Zuwendungen für den Lebensunterhalt, zum Beispiel Ausbildungs- und Wohnkosten.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 29. August 2024

Landesdirektion Sachsen
Rossmann
Abteilungsleiter

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Landratsamtes Erzgebirgskreis über die Genehmigung der Vereinbarung über die Gebietsänderung durch die Umgliederung von Flurstücken zwischen der Motorradstadt Zschopau und der Gemeinde Börnichen/Erzgeb.

Vom 21. August 2024

Das Landratsamt Erzgebirgskreis hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 8. August 2024 (Az.: 092.19/1b/24-032.mo-69/09-02G) auf der Grundlage von § 8 Absatz 1 Nummer 2 Sächsische Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Mai 2024 (SächsGVBl. S. 500) geändert worden ist, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Gebietsänderung durch Umgliederung von Flurstücken zwischen der Motorradstadt Zschopau und der Gemeinde Börnichen/Erzgeb. vom 27. Juni 2024, im Einvernehmen mit der obersten Rechtsaufsichtsbehörde, genehmigt.

Die Umgliederungsvereinbarung umfasst:

1. Die Flurstücke Nr. 299, Nr. 302/2, Nr. 477/2 und Nr. 477/4 der Gemarkung Börnichen werden in die Gebietsgrenzen der Motorradstadt Zschopau, Gemarkung Krumhermersdorf umgegliedert.

2. Die Flurstücke Nr. 737 und Nr. 746 der Motorradstadt Zschopau Gemarkung Krumhermersdorf, werden in die Gebietsgrenzen der Gemeinde Börnichen/Erzgeb. umgegliedert.

Die Umgliederung tritt zum 1. September 2024 in Kraft.

Die Motorradstadt Zschopau und die Gemeinde Börnichen/Erzgeb. haben gegenüber dem Landratsamt Erzgebirgskreis am 13. August 2024 jeweils einen Rechtsbehelfsverzicht erklärt.

Diese Bekanntmachung wird gemäß § 27a des Verwaltungsverfahrensgesetzes zusätzlich auf der Internetseite des Erzgebirgskreises unter www.ergebirkreis.de (Bekanntmachungen/Bekanntmachung nach § 27a VwVfG) veröffentlicht.

Annaberg-Buchholz, den 21. August 2024

Landratsamt Erzgebirgskreis
Rico Anton
Landrat

Bekanntmachung des Landratsamtes Bautzen über die Genehmigung der Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Wasser und Abwasser Zweckverbandes Lausitz

Vom 21. August 2024

Das Landratsamt Bautzen als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde für den Wasser und Abwasser Zweckverband Lausitz hat mit Bescheid vom 21. August 2024 (Az.: 15.2-093.1101:22-WAZ-L<11.06.2024) auf der Grundlage des § 61 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) zuletzt geändert worden ist, wie folgt entschieden:

„Die am 11. Juni 2024 von der Verbandsversammlung des Wasser und Abwasser Zweckverbandes Lausitz beschlossene Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Wasser und Abwasser Zweckverbandes Lausitz vom 28. September bzw. 09. November 2022 wird genehmigt.“

Die Änderung zur Verbandssatzung wird hiermit bekannt gemacht.

Bautzen, den 21. August 2024

Landratsamt Bautzen
Udo Witschas
Landrat

Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Wasser und Abwasser Zweckverbandes Lausitz

Auf der Grundlage des § 61 Abs. 1 und des § 26 Abs. 1 des Sächsischen Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.04.2019 (SächsGVBl. Seite 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 09.02.2022 (SächsGVBl. Seite 134) geändert worden ist, hat die Verbandsversammlung des Wasser und Abwasser Zweckverbandes Lausitz am 11.06.2024 folgende Änderung der Verbandssatzung des Wasser und Abwasser Zweckverbandes Lausitz vom 28.09./09.11.2022 (SächsABl. Seite 1494) in der Fassung der Änderungssatzung vom 28.11.2023 (SächsABl. ... Seite ...) beschlossen:

Artikel 1 Änderung

§ 18 – Öffentliche Bekanntmachungen – erhält folgende Neufassung:

§ 18 Öffentliche Bekanntmachungen

(1) Die öffentlichen Bekanntmachungen des Zweckverbandes erfolgen durch öffentliche Zugänglichmachung der elektronischen Ausgabe eines Amtsblatts des Zweckverbandes auf der Internetseite des Zweckverbandes

„<https://www.wasserlausitz.de>“ (Rubrik „elektronisches Amtsblatt“). Als Tag der Bekanntmachung gilt der Erscheinungstag des Amtsblatts. Die öffentliche Bekanntmachung ist in den Akten nachzuweisen.

(2) Erscheint eine rechtzeitige Bekanntmachung nach Absatz 1 Satz 1 nicht möglich, kann in anderer geeigneter Weise (z.B. an den üblichen Bekanntmachungskästen der Gemeinden oder in deren Amtsblättern) bekannt gemacht werden. Sobald die Umstände es zulassen, ist die Bekanntmachung nach Absatz 1 zu wiederholen.

(3) Pläne, Karten oder andere zeichnerische Darstellungen, die Bestandteil einer Satzung sind, werden während der Dienstzeiten in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes An den Stadtwerken 2 in 01917 Kamenz zur Einsicht ausgelegt. Über die Auslegung werden die Einwohner gemäß Absatz 1 informiert.

Artikel 2 Inkrafttreten

Diese Änderungssatzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Kamenz, den 11.06.2024

Markus Posch
Verbandsvorsitzender

Hinweis gemäß § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung in Verbindung mit § 47 Absatz 2 und § 6 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit:

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 56 Absatz 3 Satz 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in Verbindung mit § 21 Absatz 3

des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in Verbindung mit § 52 Absatz 2 Sätze 2 bis 5 der Sächsischen Gemeindeordnung wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat,

4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach den vorstehenden Nummern 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Bekanntmachung des Landratsamtes Bautzen über die Genehmigung der Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Kamenz-Nord“

Vom 21. August 2024

Das Landratsamt Bautzen als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde für den Abwasserzweckverband „Kamenz-Nord“ hat mit Bescheid vom 21. August 2024 (Az.: 15.2-093.1101:00-AZV-KM-NORD<13.06.2024) auf der Grundlage des § 61 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) zuletzt geändert worden ist, wie folgt entschieden:

„Die am 13. Juni 2024 von der Verbandsversammlung Abwasserzweckverbandes „Kamenz-Nord“ beschlossene Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Kamenz-Nord“ vom 26. September 2000 wird genehmigt.“

Die Änderung zur Verbandssatzung wird hiermit bekannt gemacht.

Bautzen, den 21. August 2024

Landratsamt Bautzen
Udo Witschas
Landrat

Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Kamenz-Nord“

Auf der Grundlage des § 61 Abs. 1 und des § 26 Abs. 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.04.2019 (SächsGVBl. Seite 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 09.02.2022 (SächsGVBl. Seite 134) geändert worden ist, hat die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes „Kamenz-Nord“ am 13.06.2024 folgende Änderung der Verbandssatzung vom 26.09.2000 (SächsABl. Seite 826) in der Fassung der Änderungssatzungen vom 29.08.2001 (SächsABl. Seite 1112), 08.11.2001 (SächsABl. 2002 Seite 30), 28.02.2003 (SächsABl. Seite 406), 26.08.2003 (SächsABl. Seite 970), 01.07.2004 (SächsABl. Seite 782), 08.10.2004 (SächsABl. Seite 1181), 12.07.2005 (SächsABl. Seite 794), 18.12.2006 (SächsABl. 2007 Seite 229), 26.11.2008 (SächsABl. 2009 Seite 311), 29.03.2010 (SächsABl. Seite 687), 10.09.2013 (SächsABl. Seite 197), 21.09.2015 (SächsABl. 2016 Seite 109), 25.09.2017 (SächsABl. 2018 Seite 101), 24.09.2019 (SächsABl. Seite 1865), 06.10.2021 (SächsABl. Seite 1496), vom 24.11.2022 (SächsABl. 2023 Seite 1640) und vom 26.06.2023 (SächsABl. ... Seite ...) beschlossen:

Artikel 1 Änderung

§ 12 – Öffentliche Bekanntmachungen – erhält folgende Neufassung:

§ 12 Öffentliche Bekanntmachungen

(1) Die öffentlichen Bekanntmachungen des Zweckverbandes erfolgen durch öffentliche Zugänglichmachung der elektronischen Ausgabe eines Amtsblatts des Zweckverbandes auf der Internetseite des Zweckverbandes „<https://www.azv-kmn.de>“ (Rubrik „elektronisches Amtsblatt“). Als Tag der Bekanntmachung gilt der Erscheinungstag des Amtsblatts. Die öffentliche Bekanntmachung ist in den Akten nachzuweisen.

(2) Erscheint eine rechtzeitige Bekanntmachung nach Absatz 1 Satz 1 nicht möglich, kann in anderer geeigneter Weise (z.B. an den üblichen Bekanntmachungskästen der Gemeinden oder in deren Amtsblättern) bekannt gemacht werden. Sobald die Umstände es zulassen, ist die Bekanntmachung nach Absatz 1 zu wiederholen.

(3) Pläne, Karten oder andere zeichnerische Darstellungen, die Bestandteil einer Satzung sind, werden während der Dienstzeiten in der Geschäftsstelle des Geschäftsbesorgers des Zweckverbandes An den Stadtwerken 2 in 01917 Kamenz zur Einsicht ausgelegt. Über die Auslegung werden die Einwohner gemäß Absatz 1 informiert.

Artikel 2
Inkrafttreten

Diese Änderungssatzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Bernsdorf, den 13.06.2024

Harry Habel
Verbandsvorsitzender

Hinweis gemäß § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung in Verbindung mit § 47 Absatz 2 und § 6 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit:

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 56 Absatz 3 Satz 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in Verbindung mit § 21 Absatz 3

des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in Verbindung mit § 52 Absatz 2 Sätze 2 bis 5 der Sächsischen Gemeindeordnung wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,

4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach den vorstehenden Nummern 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Bekanntmachung des Landratsamtes Bautzen über die Genehmigung der Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Obere Schwarze Elster

Vom 21. August 2024

Das Landratsamt Bautzen als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde für den Abwasserzweckverband Obere Schwarze Elster hat mit Bescheid vom 21. August 2024 (Az.: 15.2-093.1101:02-AZV-OSE<05.06.2024-1) auf der Grundlage des § 61 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) zuletzt geändert worden ist, wie folgt entschieden:

„Die am 05. Juni 2024 von der Versammlung des Abwasserzweckverbandes Obere Schwarze Elster unter Beschluss-Nr. 9/2024 VVS beschlossene Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Obere Schwarze Elster vom 01. Juli 2002 wird genehmigt.“

Die Änderung zur Verbandssatzung wird hiermit bekannt gemacht.

Bautzen, den 21. August 2024

Landratsamt Bautzen
Udo Witschas
Landrat

Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Obere Schwarze Elster

Auf der Grundlage des § 61 Abs. 1 und des § 26 Abs. 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.04.2019 (SächsGVBl. Seite 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 09.02.2022 (SächsGVBl. Seite 134) geändert worden ist, hat die Versammlung des Abwasserzweckverbandes Obere Schwarze Elster am 05.06.2024 folgende Änderung der Verbandssatzung vom 01.07.2002 (SächsABl. Seite 834) in der Fassung der Änderungssatzungen vom 15.09.2003 (SächsABl. Seite 1067), 22.09.2004 (SächsABl. Seite 1180), 28.02.2005 (SächsABl. Seite 310), 20.12.2006 (SächsABl. 2007 Seite 231), 18.02.2009 (SächsABl. Seite 863), 24.03.2010 (SächsABl. Seite 685), 29.09.2010 (SächsABl. Seite 1674), 28.06.2012 (SächsABl. Seite 1175), 06.12.2013 (SächsABl. Seite 1305), 15.06.2017 (SächsABl. Seite 1507), vom 11.12.2018 (SächsABl. 2019 Seite 1224), vom 20.03.2019 (SächsABl. Seite 1226) und vom 25.09.2019 (SächsABl. Seite 1867) beschlossen:

Artikel 1 Änderung

§ 20 – Öffentliche Bekanntmachungen – erhält folgende Neufassung:

§ 20 Öffentliche Bekanntmachungen

(1) Die öffentlichen Bekanntmachungen des Zweckverbandes erfolgen durch öffentliche Zugänglichmachung der elektronischen Ausgabe eines Amtsblatts des Zweckverbandes auf der Internetseite des Zweckverbandes „<https://www.azv-ose.de>“ (Rubrik „elektronisches Amtsblatt“). Als Tag der Bekanntmachung gilt der Erscheinungstag des Amtsblatts. Die öffentliche Bekanntmachung ist in den Akten nachzuweisen.

(2) Erscheint eine rechtzeitige Bekanntmachung nach Absatz 1 Satz 1 nicht möglich, kann in anderer geeigneter Weise (z.B. an den üblichen Bekanntmachungskästen der Gemeinden oder in deren Amtsblättern) bekannt gemacht werden. Sobald die Umstände es zulassen, ist die Bekanntmachung nach Absatz 1 zu wiederholen.

(3) Pläne, Karten oder andere zeichnerische Darstellungen, die Bestandteil einer Satzung sind, werden während der Dienstzeiten in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes an den Stadtwerken 2 in 01917 Kamenz zur Einsicht ausgelegt. Über die Auslegung werden die Einwohner gemäß Absatz 1 informiert.

Artikel 2
Inkrafttreten

Diese Änderungssatzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Kamenz, den 05.06.2024

Roland Dantz
Verbandsvorsitzender

Hinweis gemäß § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung in Verbindung mit § 47 Absatz 2 und § 6 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit:

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 56 Absatz 3 Satz 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in Verbindung mit § 21 Absatz 3

des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in Verbindung mit § 52 Absatz 2 Sätze 2 bis 5 der Sächsischen Gemeindeordnung wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,

4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach den vorstehenden Nummern 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Bekanntmachung des Landratsamtes Bautzen über die Genehmigung der Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Obere Schwarze Elster

Vom 21. August 2024

Das Landratsamt Bautzen als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde für den Abwasserzweckverband Obere Schwarze Elster hat mit Bescheid vom 21. August 2024 (Az.: 15.2-093.1101:02-AZV-0SE<05.06.2024-2) auf der Grundlage des § 61 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) zuletzt geändert worden ist, wie folgt entschieden:

„Die am 05. Juni 2024 von der Versammlung des Abwasserzweckverbandes Obere Schwarze Elster unter Beschluss-Nr. 10/2024 VVS beschlossene Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Obere Schwarze Elster vom 01. Juli 2002 wird genehmigt.“

Die Änderung zur Verbandssatzung wird hiermit bekannt gemacht.

Bautzen, den 21. August 2024

Landratsamt Bautzen
Udo Witschas
Landrat

Änderung zur Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Obere Schwarze Elster

Auf der Grundlage des § 61 Abs. 1 und des § 26 Abs. 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.04.2019 (SächsGVBl. Seite 270), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 09.02.2022 (SächsGVBl. Seite 134) geändert worden ist, hat die Versammlung des Abwasserzweckverbandes Obere Schwarze Elster am 05.06.2024 folgende Änderung der Verbandssatzung vom 01.07.2002 (SächsABl. Seite 834) in der Fassung der Änderungssatzungen vom 15.09.2003 (SächsABl. Seite 1067), 22.09.2004 (SächsABl. Seite 1180), 28.02.2005 (SächsABl. Seite 310), 20.12.2006 (SächsABl. 2007 Seite 231), 18.02.2009 (SächsABl. Seite 863), 24.03.2010 (SächsABl. Seite 685), 29.09.2010 (SächsABl. Seite 1674), 28.06.2012 (SächsABl. Seite 1175), 06.12.2013 (SächsABl. Seite 1305), 15.06.2017 (SächsABl. Seite 1507), 11.12.2018 (SächsABl. 2019 Seite 1224), 20.03.2019 (SächsABl. Seite 1226), 25.09.2019 (SächsABl. Seite 1867) und 05.06.2024 (SächsABl. Seite ...) beschlossen:

Artikel 1 Änderung

1. Im § 8 Absatz 2 Satz 1 – Zusammensetzung der Versammlung – wird die Zahl „5“ hinter dem Wort „Haselbachtal.“ durch die Ziffer „4“ ersetzt.
2. Der § 9 Absatz 1 Satz 2 – Einberufung der Versammlung – erhält folgende neue Fassung:
„Die Einladung muss Tagungszeit und -ort und die Beratungsgegenstände angeben und den Vertretern der Verbandsmitglieder spätestens vierzehn Kalendertage vor der Sitzung zugehen.“

Artikel 2 Inkrafttreten

Diese Änderungssatzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Kamenz, den 05.06.2024

Abwasserzweckverband Obere Schwarze Elster
Roland Dantz
Verbandsvorsitzender

Hinweis gemäß § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung in Verbindung mit § 47 Absatz 2 und § 6 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit:

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 56 Absatz 3 Satz 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale

Zusammenarbeit in Verbindung mit § 21 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in Verbindung mit § 52 Absatz 2 Sätze 2 bis 5 der Sächsischen Gemeindeordnung wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,

4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach den Nummern 3 oder 4 geltend gemacht worden, kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Ludwig-Hartmann-Straße 40
01277 Dresden
Telefon: 0351 485260
Telefax: 0351 4852661
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

5. September 2024

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 229,49 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 55,88 Euro Postversand) bzw. 127,14 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 6,53 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Ludwig-Hartmann-Str. 40, 01277 Dresden
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 